Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2,50, durch die Post Mk. 2,75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Annahmestellen v. Vorm. 8 bis 6 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Feiertagen 30 Pfg., für Familiennachrichten 25 bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Die Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Kgl. Sächs. Hoflieferant
DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben.
Fabrik: Fischhofplatz.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

MATTONI's GIESSHÜBLER bester alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Sonnenschirme bedeutend billiger. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 271. Spiegel: Deutsch-engl. Kolonialvertrag. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Histor. Baulichkeiten. Bezirksausschußsitzung, Gerichtsverhandlungen. „Fidelio", „Rahab". | Muthmaßl. Witterung: Trübe, nebelig. | **Sonnabend, 1. Oktober 1898.**

Politisches.

Je länger das Geheimniß des neuesten deutsch-englischen Kolonialabkommens gewahrt bleibt, um so mehr wachsen in den nationalgesinnten Kreisen Deutschlands die Besorgnisse, daß dabei die deutschen Interessen nicht in wünschenswerther Weise gewahrt worden sind, daß England der Löwenantheil zugefallen sei und so der Caprivi'sche Sansibar-Helgoland-Vertrag vom Jahre 1890 eine neue Auflage erfahren habe. Die Befürchtungen gipfeln darin, daß die Delagoabai den Engländern ausgeliefert, die Buren-Republiken der britischen Eroberungspolitik überantwortet und damit die ganze deutsche Zukunft in Südafrika preisgegeben sei. Selbst Organe der regierenden Partei, des Centrums, können sich nicht ganz der Befürchtung entziehen, daß um irgend einer Liebhaberei à la Helgoland willen voreilig den englischen Wünschen mehr entgegengekommen sei, als nothwendig gewesen wäre. Der herrschenden Beunruhigung haben bereits der Alldeutsche Verband und der Ausschuß der Deutschen Kolonialgesellschaft Rechnung zu tragen gesucht. Der Alldeutsche Verband hat eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der gegen die Preisgabe der Delagoabucht und der Burenstaaten an England energisch protestirt wird, weil sie zu früheren feierlichen Erklärungen des Reichs im schärfsten Widerspruch stehe und mit den Interessen und der Ehre des Deutschen Reichs unvereinbar sei. In Uebereinstimmung hiermit wird in der Denkschrift, die der Ausschuß der Deutschen Kolonial-Gesellschaft an den Reichskanzler zu senden beschlossen hat, der höchste verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Politik aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß von den Grundsätzen unserer südafrikanischen Kolonialpolitik, wie sie in dem Marschall'schen Weißbuche vertreten worden sind, nicht abgewichen werde. Die Grundlage dieser Politik ist die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit Transvaals und die Sicherung des bisherigen wirthschaftlichen Zustands in der Delagoabai.

Von offiziöser Seite ist geltend gemacht worden, daß, so lange der Inhalt des deutsch-englischen Abkommens nicht bekannt sei, jede Kritik unberechtigt und jede Besorgniß unbegründet sei. Das würde vollkommen zutreffen, wenn nicht die mancherlei trüben Erfahrungen, die mit dem seit 1890 herrschenden Zickzackkurse gemacht worden sind, von vornherein zu pessimistischer Auffassung und Beurtheilung stimmen müßten. Mit vollem Rechte ist den offiziösen Beschwichtigungsversuchen gegenüber bemerkt worden, daß, so lange man mit dem Wortlaut des Vertrags hinterm Berge halte, uns die Vergangenheit berechtige, auf die Gegenwart zu schließen, d. h. so lange anzunehmen, daß wieder ein Vertrag nach dem Muster des Sansibar- und anderer Kolonialverträge Caprivischen Angedenkens geschlossen ist, bis der Beweis des Gegentheils erbracht ist. Die Nichtveröffentlichung des Vertrags mit England, meinen die „Hamb. Nachr.", verstärkt den ohnehin vielfach vorhandenen Eindruck, daß er ein Pudendum (d. h. einen Punkt, dessen man sich zu schämen hat) enthält, dessen Bekanntwerden man so lange wie möglich zu vermeiden trachte. Der Kolonialvertrag, der 1890 zwischen Deutschland und England zu Stande kam, wurde seiner Zeit von den Offiziösen als eine glorreiche deutschnationale Errungenschaft gepriesen; heute wagt sich wohl Niemand mehr der Blamage auszusetzen, diesen Pakt zu vertheidigen, selbst Diejenigen nicht, bei denen die byzantinische Veranlagung damals jede kritische Regung unterdrückt hat. Auch die Art, wie die Offiziösen die schweren Bedenken, die gegen den angeblichen Inhalt des neuesten Vertrags mit England vorgebracht worden sind, zu entkräften suchen, ist eher dazu angethan, den Verdacht, daß das Abkommen der deutschen Kolonialpolitik nicht zum Vortheil gereicht, zu bestärken als abzuschwächen. Als unser Kaiser aus Anlaß des Sieges der tapferen Buren über die englischen Räuberbanden unter Führung des Dr. Jameson das bekannte Telegramm an den Präsidenten Krüger richtete, da war die Zustimmung eine so allgemeine und lebhafte, wie sie in Deutschland in den letzten Jahren selten zu Tage getreten ist, in stärkerem Maße vielleicht nur bei dem Entrüstungstelegramm, das Kaiser Wilhelm an den Fürsten Bismarck sandte, als der Reichstag den Glückwunsch zu dessen 80. Geburtstage verweigert hatte. Jene kaiserliche Glückwunschdepesche an das Oberhaupt der Transvaal-Republik ist es recht eigentlich erst gewesen, welche in den weitesten Kreisen in Deutschland und darüber hinaus auch in ganz Europa die Sympathien für die Buren geweckt und gefördert hat. Heute werden diese Sympathien von unseren Offiziösen in einer Weise behandelt, welche die schärfste Verurtheilung des Kaiser-Telegramms einschließt. Ein Offiziosus, von dessen Ausführungen die „Münch. Allg. Ztg." annimmt, daß sie im Wesentlichen den im Auswärtigen Amte zu Berlin herrschenden Anschauungen Ausdruck verleihen, schreibt u. A. diesem Blatte: „Die Burenfreunde bei uns sind sehr ehrenwerthe Leute, aber sie sind auf dem besten Wege, ihre Haut zu Markte zu tragen für Interessen, die ihnen als deutsche erscheinen, die es aber in Wahrheit nicht sind. Die Bureninteressen sind im eigentlichen und engeren Sinne des Wortes niemals deutsche Interessen gewesen und werden es in Zukunft am wenigsten dann werden, wenn der Fanatismus der Burenfreunde in Deutschland in ähnlich fehlerhaften Zirkeln sich bewegt, wie seiner Zeit der Fanatismus der Polenfreunde in deutschen Landen. Das Wort, welches Fürst Bismarck zur Zeit des Konflikts sprach, die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlands verwirklicht werden könnten, sei eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränke, trifft bis zu einem gewissen Grad noch heute zu. Speziell in Bezug auf die Burenbegeisterung mancher unserer Landsleute sollte es sogar ganz neuerdings eine Bestätigung erfahren, die sich der Fürst sicher nicht hätte träumen lassen."

Schwerlich würde von offiziöser Seite in dieser Art gegen die Sympathien für die Buren, wie sie besonders in dem erwähnten Glückwunschtelegramm des Kaisers an Krüger bethätigt worden sind, Front gemacht werden, wenn die in nationalen Kreisen gehegte Befürchtung, daß der neue Vertrag die Preisgabe der Transvaalrepublik an die Engländer enthalte, thatsächlich vollständig unbegründet wäre. In Wahrheit würde eine solche Preisgabe nichts Anderes bedeuten, als die Verwirklichung der Absichten, die der Räuberpolitik der Jameson, Cecil Rhodes und Genossen zu Grunde lagen. Zugleich sind es sehr reale deutsche Interessen, die hierbei auf dem Spiele stehen. In der Verhandlung des Alldeutschen Verbands in München erklärte der Leiter der „Rhein.-Westf. Ztg.": „Der Verkauf der Delagoabai an England heißt: die Aufopferung des ganzen deutsch-holländischen Südafrika. Es wird sich ein Gefühl des Hasses und der Verachtung bei den Buren gegen uns festsetzen. Die Preisgabe der Buren schlägt dem kaiserlichen Telegramm an Krüger und den Ausführungen Marschall's im Reichstag in's Gesicht. Caprivi gab Rhodesia preis, die jetzige Regierung ganz Südafrika." Ein hervorragender englischer Diplomat sagt in der Besprechung des deutsch-englischen Vertrags, über dessen Inhalt er offenbar gut informirt ist: „Präsident Krüger hat nicht wenige unheilvolle Illusionen genährt mit Bezug auf die Haltung Deutschlands gegenüber der südafrikanischen Republik. Die wird er jetzt aufgeben müssen!"

Die wirksame Kontrole, die Fürst Bismarck seit 1890 ausgeübt hat, besteht nicht mehr. Um so gebieterischer drängt sich den Vertretern des nationalgesinnten Theils des deutschen Volkes die Pflicht auf, diese Kontrole einigermaßen dadurch zu ersetzen, daß sie an jedem Regierungsakt, durch den die deutschen Interessen vernachlässigt werden, erbarmungslose Kritik üben und die Regierungspolitik in die bewährten Bahnen der Bismarck'schen Politik zu drängen suchen. Zur Zeit ist ein Urtheil über das deutsch-englische Abkommen noch nicht am Platze, weil dessen Einzelheiten noch nicht von authentischer Seite veröffentlicht sind. Sollten sich aber die in den kolonialpolitischen Kreisen ausgesprochenen Befürchtungen vollauf bestätigen, dann darf nicht einen Augenblick gezögert werden, Denjenigen, welche die Verantwortung für den Vertrag tragen, so kräftig die Wahrheit zu sagen, daß Jedem, der fortan von irgend einer maßgebenden Stelle aus an der Gestaltung der deutschen Politik mitzuwirken hat, die Neigung vergehen müßte, Handlanger einer unberechenbaren Zickzackpolitik zu sein.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. September.

Berlin. Der Aufenthalt des Kaisers in Rominten ist bis zum 6. Oktober in Aussicht genommen. — Sofort nach dem Eintreffen des Telegramms, welches dem Kaiser das Ableben der Königin Louise von Dänemark meldete, sandte der Kaiser von Rominten aus an den König Christian ein in den herzlichsten Worten abgefaßtes Beileidstelegramm. In demselben bedauert er den Heimgang der genialen, schwergeprüften Frau und spricht dem alten König Muth zu zur Ueberwindung des harten Schlages, der ihn und sein Haus betroffen. — Die Mindener Meldung, daß der deutsche Kronprinz, sobald er das 18. Lebensjahr vollendet habe, nicht, wie es sonst bei den Prinzen des preußischen Königshauses üblich sei, in das 1. Garde-Regiment zu Fuß in Potsdam zum aktiven Dienst eintreten, sondern vielmehr in dem Leib-Grenadier-Regiment in Karlsruhe Dienst thun werde, wird dementirt. Eine Entschließung ist noch nicht getroffen. — Die Prinzessin Heinrich fährt am 16. Oktober von Livadia nach Kiel zurück. Vor ihrer Abreise nach Kiautschou macht sie einen mehrtägigen Abschiedsbesuch am Kaiserhof. — Fürst Herbert Bismarck hat sich nebst Gemahlin nach kurzem Aufenthalte hier gestern nach Schönhausen begeben. — Dem langjährigen Kammerdiener des Fürsten von Bismarck Pinnow ist vom Kaiser eine Portierstelle im Schloß Bellevue verliehen worden. — Das vom Reichsschatzamt ausgearbeitete Schema zum Reichszolltarif wird in den ersten Tagen der nächsten Woche den Bundesregierungen zur Prüfung zugesandt. — Ueber die formellen Antworten der Mächte auf das Rundschreiben des Grafen Murawiew, in welchem die Konferenz über die Abrüstungsfrage in Vorschlag gebracht wurde, verlautet in Petersburg nach Berichten der „Kreuzzeitung", daß diese Antworten seitens der meisten Mächte schon angelangt oder angekündigt sind, sie dürften sich von einander auch von den Kundgebungen wenig unterscheiden, mit denen der Appell des Czaren sofort erwidert worden war, um die sympathische Aufnahme, die er gefunden, zum Ausdruck zu bringen.

Köln. Der „Köln. Ztg." zufolge beschloß die spanische Regierung, angesichts der Vorgänge auf den Visaya-Inseln durch den französischen Gesandten Cambon energischen Protest nach Washington zu richten. Die Tagalen schifften 6 Kanonen und Munition aus und ermordeten eine Anzahl Offiziere nebst ihren Familien. Die spanische Regierung ist von diesen Nachrichten sehr niedergeschlagen und glaubt, daß dieser Vorstoß nicht lediglich das Werk der Tagalen sei.

München. Die „Allg. Ztg." will erfahren haben, daß der vom Kaiser in der Oeynhauser Rede angekündigte Gesetzentwurf nicht in einer Aenderung der Gewerbeordnung, sondern in spezialisirten Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit auf dem Gebiete des allgemeinen Strafgesetzes bestehen werde.

Wien. Die Abendblätter betrachten den Rücktritt des Handelsministers Dr. v. Bärnreither als feststehende Thatsache und bezeichnen als Grund des Rücktritts die sich immer mehr steigernde Spannung zwischen der Regierung und der Linken. Als Nachfolger gilt der Sektionschef im Handelsministerium Freiherr v. Weigelsberg.

Wien. Der am heutigen Vormittag stattgehabten Berathung der Klubobmänner der vereinigten deutschen Parteien wohnte auch der Präsident Dr. Fuchs, sowie der Obmann des Exekutivkomitees der Mehrheit von Jaworski bei.

Pest. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, er halte es für nothwendig zu konstatiren, daß beide Regierungen den Gesetzentwurf betr. den Ausgleich unter gegenseitigem Einvernehmen festgestellt haben und daß den beiden Parlamenten gleiche Gesetzentwürfe unterbreitet worden sind. Wenn die österreichische Regierung mit der Begründung ihrer Vorlage ihre Hoffnung oder, wenn es beliebe, ihre Forderung daran knüpfe, daß die ungarische Quote erhöht werden müsse, könne dies ihre individuelle Ansicht oder ihr Wunsch sein, doch bestehe in dieser Hinsicht keinerlei wie immer geartete Vereinbarung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Hause liege die Ausgleichsvorlage vor, mit der sich, wie er hoffe, die kompetenten Ausschüsse bereits im Laufe dieser oder nächster Woche befassen würden. Da die Vorlage sich in den Ausschüssen befände, so könnte sich doch das Haus selbst mit derselben zur Zeit nicht befassen. Horanszky erklärte, wenn keine Vereinbarung mit der österreichischen Regierung bezüglich der Quote zu Stande gekommen sei, so enthalte die Vorlage für die österreichische Regierung eine Ungerechtigkeit.

Madrid. Die Zahl der zur Civilbevölkerung gehörenden Spanier, welche, um der Herrschaft der Amerikaner zu entgehen, Cuba und Portorico verlassen wollen, übersteigt 200,000. In Andalusien stehen 7 Bataillone zur Abfahrt nach den Philippinen bereit. Der Ministerrath beschloß: 1. den General Rios telegraphisch anzuweisen, die von den Eingeborenen der Visaya-Inseln verlangten Reformen zu bewilligen und seine Streitkräfte auf der Insel Mindanao zu konzentriren, 2. bei den Vereinigten Staaten von Amerika Beschwerde darüber zu erheben, daß sie die Aufständischen mit Waffen versehen hätten und die Vereinigten Staaten von der Absendung von Verstärkungen zu unterrichten, 3. den Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris und Montero Rios telegraphisch über die Lage auf den Philippinen auf dem Laufenden zu erhalten.

Lissabon. Der internationale Journalistenkongreß schloß heute seine Verhandlungen. Mit dem Schiedsgericht zwischen Verlegern und Journalisten wurde ein Ausschuß betraut, in den Singer-Wien, Schweitzer-Berlin und Beraza-Spanien, Torelli-Italien und Hebrard-Frankreich gewählt wurden. Der nächste Kongreß ist in Rom, voraussichtlich wird er Ostern oder Pfingsten 1899 stattfinden. Die Versuche, über politische Fragen zu debattiren, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Kongreßleitung.

Genf. Die Tessiner Polizei verhaftete dieser Tage einen gewissen Ugo Ramboni, welcher angeschuldigt wird, an der Ermordung der Kaiserin Elisabeth mitschuldig zu sein. Ugo Ramboni wurde heute in Genf eingeliefert.

London. Aus dem Haag wird den „Daily News" zufolge gemeldet, der transvaalische Gesandte Dr. Leist habe Berlin verlassen, ohne den Kaiser gesprochen zu haben, er mußte sich mit dem Versprechen begnügen, der Kaiser würde ihn ein ander Mal empfangen. In Abwesenheit des Ministers des Aeußern v. Bülow wurde Leist vom Wirkl. Geh. Rath v. Derenthall empfangen und zwar mit folgenden Worten: „Namens Sr. Majestät habe ich Ihnen den Wunsch des Kaisers auszudrücken, daß Sie und Ihre Regierung zum Mindesten aufhören sollten, in deutschen Zeitungen gegen das englisch-deutsche Abkommen zu agitiren." Leist legte Verwahrung gegen diesen Vorwurf ein, aber Derenthal zuckte die Achseln und antwortete kühl, er habe sich seines Auftrags entledigt und könne weiter nichts thun.

Yokohama. Die Meldung von der Ankunft Kang-Yu-Wei's in Yokohama stellt sich als unzutreffend heraus.

Die heutige **Berliner Börse** verkehrte in ziemlich schwacher Haltung infolge der Versteifung des Geldstands, die sich heute noch intensiver gestaltete. Die Nachzügler im Prolongationsgeschäft mußten etwa 6 Prozent bewilligen. Auch das umfängliche Realisationsangebot in Bergwerken wirkte verstimmend, besonders war Laurahütte in erster Stunde angeboten. Von Paris und London lauten die Stimmungsberichte in der Hauptsache fest, während in Wien matte Tendenz zur Herrschaft gelangt zu sein scheint, die man mit der politischen Lage, die auf die wirthschaftlichen Verhältnisse zurückwirkt, in Zusammenhang bringt. In der zweiten Stunde trat auf Deckungen eine Erholung ein, so daß die anfänglichen Kurseinbußen größtentheils wieder ausgeglichen werden konnten. Von Banken Kreditaktien, Kommanditantheile und Nationalbank angeboten, Kursveränderungen aber unbedeutend. Eisenbahnen weiter still, Prince Henri und schweizerische Bahnen schwächer, amerikanische behauptet. Bergwerke angeboten und niedriger, besonders Laurahütte und Harpener. Von Renten Spanier angeboten; heimische Fonds befestigt. Privatdiskont 3¾ Prozent. – Der **Spiritus**-Markt lag heute matt. Wider Erwarten sind die Zusendungen aus der neuen Campagne sehr groß, während die Aufnahmelust sich zurückhält. 70er notirte 53,4 oder 60 Pfg. niedriger, 50er 73, etwa 70 Pfg. niedriger. Termine matt. Im **Getreide**-Verkehr war die Haltung auch heute recht gut behauptet. Annehmbare Nachfrage nach greifbarer wie nach lieferbarer Waare, Zurückhalten des Angebots und hohe Wasserfracht lassen den Preis sich gut behaupten. Mattes Amerika kaum beachtet. Das Geschäft bewegte sich wegen der knappen Zufuhr allerdings in engen Grenzen. Weizen und Roggen etwas höher, Hafer gut beachtet; Braugerste lebhaft begehrt und gut bezahlt. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 176, Roggen 144, Hafer 152 Mark; Stettin-Stadt: Weizen 163, Roggen 139, Hafer 133 Mark. — Wetter: Regen, Nord-Ostwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 298,25. Diskonto 197,50. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen 24,80. Ruhig.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 102,55. Italiener 92,55. Spanier 42,50. Portugiesen 23,80. Türken 22,32. Türkenloose 108,00. Ottomanbank 545,00. Staatsbahn 745,00. Lombarden 172,00. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Septbr. 21,60, per November-Februar 21,65, matt. Rüböl per Septbr. 40½, per Mai-August 49¾, fallend. Spiritus per Septbr. 53¾, per Mai-November 33,00, fest.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per November 178, per März 177. Roggen per Oktober 135, per März 128.

London. Produkten-Bericht. Weizen träge, Mehl ½ Sh. niedriger, übrige Artikel ruhig. Von schwimmendem Getreide Weizen matt. Gerste ruhig, aber stetig, Mais träge. — Wetter: Regenschauer.

Friedrich & Glöckner
...str. 15, Schloßstr. 12, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau
...streicht. Oelfarben, Lacke, Firnisse, Fussboden-Schnell-trocken-Farben, Zimmer...